

1. Was ist das Ziel der Steuerreform?

Die FDP will das Steuersystem **einfach, niedrig und fair** machen – dafür sind wir gewählt worden! Es soll für alle Steuerbürger verständlich werden. Die gebeutelte Mittelschicht in Deutschland, die seit über einen Jahrzehnt schrumpft, müssen wir stärken. Nach Jahren der Steuererhöhungen geht es also endlich wieder darum, wie viel Staat sich die Bürger leisten können – und nicht mehr darum, wie viel Spielraum bei den Bürgern sich der Staat leisten will. Das verstehen wir unter Fairness im Verhältnis von Bürgern und Staat. Die Entlastung von Familien und Mittelstand stabilisiert zudem **Konjunktur und Arbeitsmarkt** – und dies ist wiederum wesentliche Voraussetzung für die **Konsolidierung der Staatsfinanzen**. Wir verfolgen beide Ziele Hand in Hand.

2. Warum muss das Steuerrecht vereinfacht werden?

Heute sind nur noch 30 Prozent der Menschen sind in der Lage, ihre Steuererklärung selbständig auszufüllen. Ein Steuersystem, das so kompliziert ist, dass es nur noch Experten durchschauen, kann nicht gerecht sein. Es **verliert seine innere Legitimation** – und lässt dann Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung zu oft wie Kavaliersdelikte erscheinen. Das überkomplexe Steuerrecht greift zudem empfindlich in die Freiheit der Menschen ein, weil private und unternehmerische Entscheidungen nicht mehr nach Sinnhaftigkeit getroffen werden, sondern zu oft mit Blick auf die steuerlichen Auswirkungen – volkswirtschaftliche Fehlsteuerungen sind die Folge. Gerechter ist ein **einfaches und transparentes** Steuersystem, das auf Ausnahmen weitgehend verzichtet und die Menschen von überflüssiger Bürokratie entlastet. Ein einfaches Steuersystem ist darüber hinaus effizienter und kann Verwaltungskosten minimieren.

3. Wie wird das Steuersystem einfacher?

Die FDP hat in der Vergangenheit zahlreiche Vorschläge zur Steuervereinfachung vorgelegt. Im Zentrum steht ein **Stufen-Tarif**, der auch im Koalitionsvertrag verankert ist. Auf unserem nächsten Bundesparteitag werden wir zudem weitere Vorschläge zur Konkretisierung des Koalitionsvertrags im Bereich der Steuervereinfachung vorlegen. Dabei wollen wir das Steuerrecht auch mit dem Sozialsystem verzahnen (in Richtung auf das „**Bürgergeld**“).

4. Warum muss die "kalte Progression" beendet werden? Warum ist das bisherige Steuersystem leistungsfeindlich?

Allein durch die inflationsbedingten Gehaltserhöhungen sind immer mehr Menschen vom so genannten **Mittelstandsbauch der Steuerprogression** betroffen: Sie unterliegen durch die allgemeine Einkommensentwicklung einem höheren Steuersatz, obwohl ihr Mehrverdienst nur den Kaufkraftverlust ausgleicht. Auch Leistung lohnt sich nicht mehr, weil von jedem Euro Hinzuverdienst zu wenig übrig bleibt: Der durchschnittliche Ganztagsbeschäftigte (37.000 Euro Jahresgehalt) hat eine Grenzbelastung für Abgaben und Steuern von 58 Prozent! Diese **Ungerechtigkeiten** werden wir beenden.

5. Wie hoch ist die Entlastung?

Der Einstieg in die Steuerstrukturreform wurde bereits mit dem **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** vollzogen. Zum 1. Januar 2010 sank die Steuerlast insbesondere für Familien und Mittelstand bereits um etwa 5 Milliarden Euro. Im Koalitionsvertrag sind für diese Legislaturperiode insgesamt 24 Milliarden Euro jährliche Entlastung vereinbart. Vor dem Hintergrund, dass nach den aktuell noch gültigen Steuerschätzungen für das Jahr 2013 **rund 124 Milliarden Euro Mehreinnahmen** (!) im Vergleich zum Jahr 2005 erwartet werden, ist das Volumen der Entlastung verantwortbar.

6. Wann kommt die Steuerreform?

Der Zeitplan wurde **mit dem Koalitionsvertrag verbindlich** festgelegt: Die nächste Stufe der Steuerreform soll demnach „möglichst 2011“ in Kraft treten. In ihrem Wahlauftrag hatte vor allem die CSU auf dieses Datum gedrängt. Für die FDP war dagegen immer wichtig, dass die Reform „**spätestens im Jahr 2012**“ kommt. Die Einzelheiten der großen Steuerreform werden im Lichte der aktuellen Steuerentwicklung erarbeitet.

7. Wem nützt die Steuerreform?

Allen. Zwar profitieren von einer Steuerreform kraft Natur der Sache zuerst die Menschen, die überhaupt Lohn- bzw. Einkommensteuern zahlen. Das sind in Deutschland die (nur) 25 Millionen, die als Leistungsträger die Unterstützung der Leistungsempfänger und den Staat insgesamt finanzieren. Sie zu überfordern, wäre unfair und schon kurzfristig schädlich. Von den **positiven Impulsen für die Konjunktur** einer Steuerreform profitieren aber mittelfristig alle.

8. Wie wird die Steuerreform finanziert?

Auf der **Einnahmeseite**: Selbst Gegner einer Steuerreform gestehen ein, dass diese sich mittelfristig bis zu 50 Prozent selbst finanziert – weil sie zu **Wachstum** führt. Ein Prozent mehr Wachstum führt nach Zahlen des SPD-geführten Bundesfinanzministeriums aus dem letzten Jahr zu etwa 5,5 Milliarden Euro mehr Steuern, zu 3,5 Milliarden Euro höheren Sozialbeiträgen sowie zu weniger Sozialausgaben – zusammen 12 bis 13 Milliarden Euro.

Die **Schwarzarbeit** macht in Deutschland 350 Milliarden Euro jährlich aus. Durch einfache, niedrige und gerechte Steuern können große Teile der Schattenwirtschaft in legale Beschäftigung überführt werden. Auch dies stärkt die Einnahmeseite des Staates.

Auf der **Ausgabenseite**: In den Koalitionsverhandlungen haben wir darauf hingewirkt, dass es in dieser Legislatur eine klare **Aufgabenkritik** und entschlossenen **Bürokratieabbau** geben wird. Gerade im Lichte des jüngsten **Subventionsberichtes**, dessen Volumen um 6 Milliarden auf rund 30 Milliarden Euro angewachsen ist, wird diese Notwendigkeit einmal mehr deutlich. Darüber hinaus veröffentlicht auch der Bund der Steuerzahler jährlich sein **Schwarzbuch**, in welchem er die öffentliche Fehl Ausgaben beziffert. Eine Steuerstrukturreform bedeutet auch immer **Abschied von gewohnten Ausnahmen und Besitzständen**. So ist es wenig verwunderlich, wenn jetzt die Profiteure des komplizierten Steuerrechts das Klagegeld anstimmen.

9. Warum schließt eine Steuerstrukturreform den Abbau von Schulden nicht aus?

Die heutige Staatsverschuldung ist eine Altlast der schwarz-roten Koalition. Dafür trägt auch die Union Verantwortung. Wir werden die Fehler der Vorgängerregierungen korrigieren. Dabei darf **jetzt nicht gegen die aufkeimende Belebung der Konjunktur angespart** werden: Die Krise ist noch nicht überwunden, die Fehler der 1930er Jahre dürfen nicht wiederholt werden!

Eine nachhaltige Entlastung der Menschen und die Sanierung der Haushalte schließt sich nicht aus. Der Staat hat kein Einnahmen-, sondern in erster Linie ein Ausgabenproblem. Das Wünschbare darf nicht länger über das Finanzierbare triumphieren. Ein Bundeshaushalt von rund 330 Milliarden Euro und eine ausufernde Staatsverschuldung zeugen von Fehlern in der Vergangenheit. Alle Ausgaben müssen deshalb in dieser Legislaturperiode auf den Prüfstand. Die Einsparungen dienen dann anteilig der Entlastung und Entschuldung.

10. Was bedeutet die Steuerreform für die öffentlichen Kassen in Bund, Länder und Gemeinden?

Ein faires Steuersystem setzt neue **Dynamik in der Wirtschaft** frei, die mittelfristig auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens zu höheren Einnahmen führt. Es **reduziert kostspielige Bürokratie** (Entlastung der Länder) und verbessert die **Voraussetzung für mehr Beschäftigung** (Entlastung der Kommunen). Die Probleme der öffentlichen Haushalte werden allerdings nur in Verbindung mit einer verantwortungsbewussten Konsolidierungspolitik gelöst werden. Erforderlich ist dazu insbesondere eine Reform der Gemeindefinanzierung, gegen die sich die Kommunalen Spitzenverbände bei besserer Wirtschaftslage leider immer notorisch gewehrt haben. Wir bleiben am Ball.

Wir stehen für eine umfassende Steuerstrukturreform und die nachhaltige Entlastung der Menschen in Deutschland. Was vor der Wahl richtig ist, bleibt auch nach der Wahl richtig.

Wir halten Wort.